

# WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

## INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

[Schneider-Institute.de](http://Schneider-Institute.de) · Breul 16 · 48143 Münster

An  
Kreispolizeibehörde Gelsenkirchen  
z. Hd. Frau Polizeipräsidentin  
Anne Heselhaus-Schröer  
Rathausplatz 4  
45894 Gelsenkirchen

Telefax (02 09) 3 65 – 20 09

Freiberuflicher Rechtswissenschaftler

**RENÉ SCHNEIDER**  
**BREUL 16**  
**48143 MÜNSTER**  
Telefax (02 51) 3 99 71 62  
Telefon (02 51) 3 99 71 61  
von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert. §§ 28, 33 BDSG  
USt-IdNr.: DE198574773

17. Juli 2018 – No. 27135

## **NACHTRAG**

### **zu meiner Strafanzeige vom 15. Juli 2018 – No. 27133**

**Aktenzeichen unbekannt**

**g e g e n**

- 1.) die Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht Balkenhol,**
- 2.) weitere Mitglieder der 8. Kammer des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen,**

**– B e s c h u l d i g t e –**

**Verwaltungsgericht Gelsenkirchen, Bahnhofsvorplatz 3, 45879 Gelsenkirchen,**

**w e g e n**

**des Verdachts auf Rechtsbeugung gemäß § 339 StGB**

### Zum Sachverhalt.

Die Pressemitteilung des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen vom 13. Juli 2018 zu dem Beschluß – der 8. Kammer – vom 13. Juli 2018 (8 L 1315/18) hat folgenden Wortlaut:

*„13.07.2018*

*Die am heutigen Morgen erfolgte Abschiebung eines von den deutschen Behörden als Gefährder eingestuften Tunesiers muss von der Ausländerbehörde rückgängig gemacht werden.*

*Nach dem Beschluss der für das Ausländerrecht zuständigen 8. Kammer des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen vom heutigen Nachmittag stellt sich die Abschiebung als grob rechtswidrig dar und verletzt grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien.*

*Entscheidend stellte die Kammer darauf ab, dass die Abschiebung zum Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beschlusses der für die asylrechtliche Bewertung des Sachverhalts zuständigen 7a. Kammer an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge noch nicht abgeschlossen war und deshalb abubrechen gewesen wäre. Vielmehr sei sie sehenden Auges abschließend vollzogen worden. Die 7a. Kammer des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen hatte in ihrem Beschluss vom 12. Juni 2018 entschieden, dass die Abschiebung unzulässig ist (vgl. Pressemitteilungen vom heutigen Tage).*

*Aus der wegen der fortbestehenden Abschiebungsverbote rechtswidrigen Abschiebung folge die Pflicht der Ausländerbehörde, den Antragsteller unverzüglich auf Kosten der Ausländerbehörde in die Bundesrepublik Deutschland zurückzuholen.*

*Dass die Gerichtsentscheidung über das Fortbestehen der Abschiebungsverbote den Behörden erst bekanntgegeben wurde, als die Abschiebung bereits in Gang gesetzt war, ist darauf zurückzuführen, dass alle beteiligten Behörden trotz mehrfacher Anfragen des Gerichts, den Zeitpunkt der geplanten Abschiebung nicht bekanntgegeben hatten, so dass das Gericht von einer allein auf einer Interessenabwägung beruhenden Zwischenentscheidung abgesehen und den Sachverhalt eingehender geprüft hat.*

*Gegen die Entscheidung steht den Beteiligten die Beschwerde zum Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein - Westfalen zu.*

*Aktenzeichen: 8 L 1315/18“*

Quelle/URL: [http://www.vg-gelsenkirchen.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/07\\_180713/index.php](http://www.vg-gelsenkirchen.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/07_180713/index.php)

In einer früheren Pressemitteilung des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen vom selben Tag hatte der Präsident des Verwaltungsgerichts Bernhard Fessler folgendes mitgeteilt:

### Zum Ablauf des Verfahrens 7a L 1200/18

„12.07.2018 [...]

*Der begründete und unterschriebene Beschluss [mit ausführlicher Begründung (22 Seiten)] wird um 19.20 Uhr auf der Geschäftsstelle hinterlegt.*

13.07.2018

*Übermittlung des Beschlusses an Beteiligte um:*

*08:09 Uhr per Computerfax an die Antragstellerbevollmächtigte*

*08:10 Uhr per Computerfax an das BAMF*

*08:14 Uhr Eingang des zusätzlich übermittelten elektronischen Dokuments im elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP) des BAMF*

*08:15 Uhr per Computerfax an die Ausländerbehörde“*

### Zum Ablauf des Verfahrens 8 L 1304/18

„12.07.2018, 17:37 Uhr

*Eingang des Antrags bei Gericht, ohne vorherige telefonische Ankündigung durch die Bevollmächtigte.*

**13.07.2018**

*ca. 08:45 Uhr Ausländerbehörde vom Eingang des Verfahrens unterrichtet; Stellungnahme: „Dazu kann nichts gesagt werden“.*

*ca. 09:25 Uhr Telefonat der Vorsitzenden mit Ausländerbehörde Bochum: Hinweis, dass der Antragsteller – sollte er sich derzeit noch im Transitbereich des Zielflughafens befinden – zurückzufliegen sei; Antwort: „Derzeit keine Kenntnis von den Flugdaten“. Hängebeschluss der Kammer*

*09:34 Uhr Telefonische Mitteilung über den Erlass eines Hängebeschlusses an die Ausländerbehörde Bochum durch den Berichterstatter*

*09:39 Uhr Übermittlung per Telefax an Ausländerbehörde Bochum“*

Quelle/URL: [http://www.vg-gelsenkirchen.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/06\\_180713/index.php](http://www.vg-gelsenkirchen.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/06_180713/index.php)

Das Nachrichtenmagazin "SPIEGEL ONLINE" berichtete am 13. Juli 2018 um 13:56 Uhr:

*„Das Gericht informierte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) erst über seine Entscheidung, als Sami A. bereits im Flugzeug saß. [...] Das Flugzeug landete am **Freitagmorgen 8.11 Uhr Ortszeit** auf dem Flughafen Enfidha bei Hammamet.“*

Quelle/URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/osama-bin-ladens-ex-leibwaechter-tunesien-sieht-sich-fuer-sami-a-zustaendig-a-1218446.html>

Bekanntlich gilt in Tunesien die „Mittleuropäische Zeit“ (MEZ) ohne Umstellung auf die deutsche Sommerzeit, das Flugzeug mit dem Abschiebehäftling Herrn Sami Al-Mujtaba landete also um 8.11 Uhr MEZ, **entsprechend 9.11 Uhr Sommerzeit in Deutschland.**

Das Nachrichtenportal „t-online.de“ berichtete am 15. Juli 2018 um 10:05 Uhr, der Sprecher der tunesischen Anti-Terror-Behörde, Herr Sofiane Sliti, sagte, Herr Sami Al-Mujtaba „sei möglicherweise an ‚terroristischen Aktivitäten‘ in Deutschland und Afghanistan beteiligt gewesen“ und „sei daher umgehend nach seiner Ankunft in Tunesien in Gewahrsam genommen worden“.

Quelle/URL: [https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id\\_84113464/fall-um-bin-laden-leibwaechter-sami-a-strafanzeige-gegen-horst-seehofer.html](https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_84113464/fall-um-bin-laden-leibwaechter-sami-a-strafanzeige-gegen-horst-seehofer.html)

De facto heißt das:

Als die Beschuldigte zu 1) – Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht Balkenhol – um 9.25 Uhr Sommerzeit mit der Ausländerbehörde Bochum telefonierte, befand der Tunesier Sami Al-Mujtaba sich bereits seit 14 Minuten auf dem sicheren Boden seines Heimatlandes, und als der Beschuldigte zu 2) – der Berichterstatter N. N. – um 9.34 Uhr Sommerzeit mit der Ausländerbehörde Bochum telefonierte, befand der Tunesier Sami Al-Mujtaba sich bereits seit 23 Minuten im Gewahrsam der Anti-Terror-Behörde seines Heimatlandes.

## **N a c h t r a g :**

Das Nachrichtenmagazin "SPIEGEL ONLINE" berichtete am 16. Juli 2018 um 13:66 Uhr:

*„So lief die Abschiebung des Sami A.“ [...]*

*„13. Juli 2018: In den frühen Morgenstunden holt die NRW-Landespolizei Sami A. aus der Abschiebehafenanstalt in Büren ab und bringt ihn zum Flughafen Düsseldorf. Dort nehmen Bundespolizisten ihn um 5.05 Uhr in Empfang. Um 6.54 Uhr hebt die Chartermaschine mit Sami A. an Bord Richtung Tunesien ab.“*

*Ohne Kenntnis der Abschiebung verschickt das Gericht zwischen 8.09 Uhr und 8.15 Uhr seinen Beschluss per Computerfax an die Beteiligten: [...]*

***Um 9.08 Uhr** landet Sami A. auf dem Flugfeld von Enfidha, rund 100 Kilometer südlich von Tunis. **Um 09:14 Uhr** übergeben die Begleitkräfte der Bundespolizei den Mann an die tunesischen Behörden.“*

Quelle/URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/chronologie-die-abschiebung-des-sami-a-a-1218706.html>

In diesem Bericht sind alle Zeitangaben in „Sommerzeit“, danach landete das Flugzeug nicht erst um 9.11 Uhr, sondern schon um **9.08 Uhr (Sommerzeit)**, also bereits eine Minute vor der Übermittlung des Beschlusses per Computertelefax an die Beteiligten, und die Übergabe des Tunesiers an die Behörden seines Heimatlandes erfolgte konkret um **9.14 Uhr (Sommerzeit)**.

Das heißt:

Als die Beschuldigte zu 1) – Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht Balkenhol – um **9.25 Uhr Sommerzeit** mit der Ausländerbehörde Bochum telefonierte, befand der Tunesier Sami Al-Mujtaba sich bereits seit **17 Minuten** auf dem sicheren Boden seines Heimatlandes, und als der Beschuldigte zu 2) – der Berichterstatter N. N. – um **9.34 Uhr Sommerzeit** mit der Ausländerbehörde Bochum telefonierte, befand der Tunesier Sami Al-Mujtaba sich bereits seit **26 Minuten** im Gewahrsam der Anti-Terror-Behörde seines Heimatlandes.

### Zur Rechtslage:

#### A.

Tunesien ist – wie Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein – Vertragsstaat des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (UN-Antifolterkonvention) vom 10. Dezember 1984, welche am 26. Juni 1987 in Kraft getreten ist. Tunesien hat diese Konvention schon am 26. August 1987 unterschrieben und am 23. September 1988 ratifiziert.

Die UN-Antifolterkonvention ist gegenwärtig in 164 Staaten verbindliches Recht, und ihre Einhaltung wird vom UN-Ausschuß gegen Folter („Committee against Torture“) überwacht. Dieses Gremium besteht aus 10 unabhängigen Experten, denen auch Herr Abdelwahab Hani aus Tunesien (sic!) angehört.

Vgl.

<https://www.ohchr.org/EN/HRBodies/CAT/Pages/CATIntro.aspx>

und

[https://tbinternet.ohchr.org/\\_layouts/TreatyBodyExternal/Countries.aspx?CountryCode=TUN&Lang=EN](https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/TreatyBodyExternal/Countries.aspx?CountryCode=TUN&Lang=EN)

## B.

Tunesien ist auch Mitglied der Vereinten Nationen. Diese Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten (Artikel 2 Abs. 1 der UN-Charta), dieser oberste Grundsatz der Vereinten Nationen ist eine der wichtigsten Regeln des Völkerrechts und als solche zugleich Bestandteil des Bundesrechts (Artikel 25 GG).

Auf Artikel 25 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland wird ausdrücklich hingewiesen:

**„Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.“**

Das Grundgesetz (GG) geht nämlich „von der Eingliederung des von ihm verfaßten Staates in die Völkerrechtsordnung“ aus,

BVerfG, Beschluß vom 31. März 1987 – 2 BvM 2/86  
BVerfGE 75, 1 (17)

„die vor allem Achtung vor fremden Rechtsordnungen und Rechtsanschauungen“ fordert.

BVerfG, Beschluß vom 30. Juni 1964 – 1 BvR 93/64  
BVerfGE 18, 112 (121)

Sowohl die Präambel und die Artikel 1 Abs. 2, Artikel 24 und 25 GG als auch die das Verfassungssystem insgesamt kennzeichnenden Prinzipien des Pluralismus und der Toleranz lassen erkennen, daß das Grundgesetz andere Staaten als gleichberechtigte Glieder der Völkerrechtsgemeinschaft anerkennt und deren eigenständige Rechtsordnung respektiert.

BVerfG, Beschluß vom 4. Mai 1971 – 1 BvR 636/68  
BVerfGE 31, 58 (75 f.)

## C.

Vor diesem Hintergrund ist es schlicht völkerrechtswidrig und verfassungswidrig, wenn die Beschuldigten eine „*diplomatische verbindliche Zusicherung der tunesischen Regierung, dass dem Antragsteller im Falle der Rückkehr keine Folter drohe*“, verlangen.

Weder die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung, noch das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen oder irgend ein anderes deutsches Gericht ist berechtigt, Tunesien – oder irgend einen anderen Vertragsstaaten der UN-Antifolterkonvention – zu diskriminieren.

Man kann in der Völkerrechtsgemeinschaft souveräner Staaten, deren oberster Grundsatz die souveräne Gleichheit der Mitglieder ist, nicht von dem Einen diplomatische Zusagen im Einzelfall verlangen, und den Anderen alles ohne diplomatische Zusagen geben. So eine Ungleichbehandlung wäre diskriminierend.

## Nachtrag:

### I.

Ein deutsches [Verwaltungs-] Gericht und ein deutscher [Verwaltungs-] Richter dürfen ihre Entscheidungen keinesfalls von diplomatischen oder politischen Zusagen eines ausländischen Staates anhängig machen, vielmehr ist die Rechtsprechung „an Gesetz und Recht gebunden“ (Artikel 20 Abs. 3 GG).

In den deutschen Gesetzen zur Abschiebung von Ausländern, welche kein Aufenthaltsrecht in Deutschland haben, ist eine „*diplomatische verbindliche Zusicherung*“ einer ausländischen „*Regierung, dass dem Antragsteller im Falle der Rückkehr keine Folter drohe*“, schlicht nicht vorgesehen, der – ausdrücklich und entscheidungserheblich – auf das Fehlen einer solchen Zusicherung gestützte Beschluß vom 12. Juli 2018 (7a L 1200/18) ist deshalb greifbar rechtswidrig und verfassungswidrig (Artikel 20 Abs. 3 und Artikel 25 GG).

Das muß auch den Richtern der 7a. Kammer und der 8. Kammer des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen, welche die Beschlüsse vom 12. Juli 2018 (7a L 1200/18) und vom 13. Juli 2018 (8 L 1315/18) zu verantworten haben, völlig klar gewesen sein.

### II.

Hinzu kommt, daß jede „diplomatischen Zusicherung“ im Bereich der Abschiebungen und Auslieferungen tatsächlich uneffektiv oder wirkungslos, rechtlich unverbindlich und – um der Wahrheit die Ehre zu geben – „der größte Blödsinn“ und billiges Blendwerk ist.

Die Nichtregierungsorganisation „Human Rights Watch“, welche weltweit für die Wahrung der Menschenrechte eintritt, veröffentlicht schon seit dem Jahr 2006 folgende sehr dezidierte Meinung über „diplomatische Zusicherungen“, wie sie hier in Rede stehen:

#### **What are "diplomatic assurances" against torture?**

"Diplomatic assurances" are an increasingly popular way for governments to get around the international ban on torture. They smooth the way for undesirable foreigners to be sent to another country where they will be at risk of torture and other abuse. **Because it is illegal to send someone to a country where she or he will be at risk of torture, the sending government first gets a promise from the receiving government that it won't use torture.**

[...] Diplomatic assurances take a variety of forms. Some are simply oral promises. Others are written documents, in some cases signed by officials from both governments.

[...] Some diplomatic assurances include arrangements for post-return monitoring.

#### **Why is the use of diplomatic assurances growing?**

**Because of September 11 and other more recent terrorist attacks**, for example the London bombings in July 2005. Although some governments used diplomatic assurances against torture before these attacks, **a growing number of governments want to get rid of foreign nationals suspected of involvement in terrorist activities**. Instead of prosecuting these suspects, many governments simply transfer them to their home or other countries, and argue that diplomatic assurances guarantee that they won't be tortured. [...]

## Why do governments seek these assurances?

Most governments openly admit that **they only seek diplomatic assurances from states where torture is an ongoing serious problem or where people labeled as terrorists are particularly targeted for such abuse.** Governments that seek assurances argue that such promises make it less likely that the person will be tortured on return, making it possible for the return to take place without breaching international law.

## Do diplomatic assurances work?

**The growing weight of evidence and international expert opinion indicates that diplomatic assurances cannot [sic!] protect people at risk of torture from such treatment on return. [...]**

## Have people who were sent back with diplomatic assurances actually been tortured?

**Yes.** Ahmed Agiza, an asylum seeker in Sweden, was expelled in December 2001 based on assurances against torture from the Egyptian government. Swedish authorities handed over Agiza to U.S. agents and he was transferred to Cairo aboard a CIA-leased aircraft. He was subsequently beaten and subjected to electric shock in an Egyptian prison, despite arrangements for post-return monitoring by Swedish diplomats. In May 2005, the UN Committee against Torture ruled that Sweden had violated its absolute obligation not to return a person to a risk of torture and stated that "the procurement of diplomatic assurances, which, moreover, provided no mechanism for their enforcement, did not suffice to protect against this manifest risk."

**In October 2002, the U.S. government transferred Maher Arar,** a dual Canadian-Syrian citizen, from New York via Jordan to Syria based on diplomatic assurances of humane treatment. Arar was released in October 2003. An independent fact-finder appointed by an official Canadian Commission of Inquiry into Arar's treatment concluded in October 2005 that Arar had been tortured in Syrian custody, despite Syrian assurances to the contrary and several visits from Canadian consular officials. In September 2006, the Commission of Inquiry itself concluded that Arar's torture in Syria is "a concrete example" that diplomatic assurances from totalitarian regimes have "no value" and do not provide a safeguard against torture.

**The U.S. government transferred a Russian man, Rasul Kудayev,** from Guantanamo Bay to Russia in 2004, based on assurances from the Russian authorities that he would be treated humanely in accordance with Russia's domestic law and international obligations. In October 2005, Kудayev was unlawfully arrested and detained, severely beaten and denied necessary medical care, and had his lawyer arbitrarily removed from his case when she complained about his ill-treatment.

**These cases demonstrate that diplomatic assurances do not provide effective protection and should not be used in cases where there is an acknowledged risk of torture.**

## How do governments know whether the assurances worked?

**There is no reliable way to verify if the receiving government kept its promise** not to use torture. The sending government has no incentive to find that torture or ill-treatment occurred because by doing so it would be admitting that it had breached its absolute obligation not to return anyone to a risk of torture. The receiving government has even less incentive. Admitting that torture has occurred would mean acknowledging that it had violated the global ban on torture, as well as the promise it gave to the other government. Human Rights Watch is unaware of any cases in which sending or receiving governments have acknowledged a breach of diplomatic assurances against torture.



## **Are diplomatic assurances legally binding?**

**No.** Diplomatic assurances are bilateral political agreements, brokered at diplomatic level. **They are not treaties and have no legal character or force in law.** If the assurances are breached, the sending government has no way to hold the receiving government legally accountable. [...]

## **If a diplomatic assurance is public, doesn't that put the receiving government's reputation on the line?**

Some governments, the UK for example, argue that a receiving government's international reputation and bilateral relations will suffer if diplomatic assurances are breached. [...] In fact, many of the governments offering diplomatic assurances (including Egypt, Jordan, Morocco, Turkey, and Uzbekistan) are considered faithful allies in the global effort to combat terrorism, which often results in muted criticism of their records on human rights.

## **If the sending government monitors a person's treatment after he is returned, does that make the assurance more reliable?**

**No.** [...]

## **Most of the receiving states are Arab or Muslim. Is Human Rights Watch saying that these governments are inherently untrustworthy?**

**No.** Many governments around the world employ torture, including some of the sending governments, such as the United States and Russia. [...]

## **Can diplomatic assurances be a way of improving a country's record on torture?**

**No.** [...]

## **The U.S. government says that it always seeks assurances if there is a risk of torture. Does this make transfers by the U.S. legal?**

**No.** [...] In a number of rendition cases, people transferred by the U.S. based on assurances have in fact been tortured, including Maher Arar (U.S. via Jordan to Syria), Abu Omar (Italy to Egypt), and Ahmed Agiza (Sweden to Egypt). [...] In its attempts to transfer detainees from Guantanamo Bay back to their home countries or to third countries, U.S. authorities claim that they always seek assurances of humane treatment from the receiving government. Some ex-Guantanamo Bay detainees returned to their home countries have in fact suffered abuse (see above on Russian detainees), and some Yemeni detainees have been subjected to indefinite detention since returning to Yemen.

The U.S. government states that, where appropriate, it seeks guarantees of humane treatment before transferring people, but acknowledges that it has no control over what happens to a detainee once he is transferred. **Michael Scheuer, the man who started and ran the U.S. government's renditions program, has called diplomatic assurances nothing more than "a legal nicety"** to satisfy the requirements of government lawyers. The U.S. has been criticized by the United Nations, the European Parliament, the Council of Europe, and the Inter-American Commission on Human Rights, among others, for its policies permitting the use of diplomatic assurances where there is a risk of torture.

## **Are the agreements brokered by the UK government, called "memorandums of understanding," better than ordinary diplomatic assurances?**

**No.** A "memorandum of understanding" is simply another name for diplomatic assurances. [...]

## **What do international human rights bodies say about diplomatic assurances?**

**There is broad consensus among international human rights bodies that diplomatic assurances do not provide an effective safeguard against torture and ill-treatment.**

**Louise Arbour, the UN high commissioner for human rights**, has condemned the "dubious practice" of seeking diplomatic assurances, stating in March 2006, "I strongly share the view that diplomatic assurances do not work as they do not provide adequate protection against torture and ill-treatment."

**Manfred Nowak, UN special rapporteur on torture**, has also condemned the practice charging in August 2005 that it reflects a tendency on the part of states "...to circumvent the international obligation not to deport anybody if there is a serious risk that he or she might be subjected to torture."

**Thomas Hammarberg, the Council of Europe's commissioner for human rights**, wrote in June 2006 that diplomatic assurances "are not credible and [have] also turned out to be ineffective in well-documented cases. The governments concerned have already violated binding international norms and it is plain wrong to subject anyone to the risk of torture on the basis of an even less solemn undertaking to make an exception in an individual case."

**A special European Parliament committee** established to investigate European complicity in extraordinary rendition and the unlawful detention of terrorism suspects by the U.S. government called in June 2006 on "Member States [of the EU] to reject altogether reliance on diplomatic assurances against torture..."

**The EU Network of Independent Experts on Fundamental Rights** also stated in May 2006 that the "only acceptable position under international law" is that "states cannot resort to diplomatic assurances as a safeguard against torture and ill-treatment where there are substantial grounds for believing that a person would be in danger of being subjected to torture or ill-treatment upon return."

**In June 2006, Dick Marty, a Swiss senator** tasked by the Parliamentary Assembly of the Council of Europe with investigating European states' involvement in "extraordinary renditions" and possible secret detention sites, concluded that "[r]elying on the principle of trust and on diplomatic assurances given by undemocratic states known not to respect human rights is simply cowardly and hypocritical."

**The Inter-American Commission on Human Rights** adopted a resolution in July 2006 calling on the U.S. to close Guantanamo Bay and "ensure that diplomatic assurances are not used to circumvent the [U.S.'s] nonrefoulement obligation."

## **If diplomatic assurances don't protect a person from torture, why don't courts outlaw them?**

Domestic and regional courts, in addition to some UN monitoring bodies, have determined, in considering individual cases, that diplomatic assurances do not provide an effective safeguard against torture and ill-treatment. [...]

**Stand: November 2006,**

**Quelle/URL:** <https://www.hrw.org/news/2006/11/10/diplomatic-assurances-against-torture>

## D.

Entgegen der wörtlich zitierten Behauptung in der Pressemitteilung vom 13. Juli 2018 bzw. in dem Beschluß vom 13. Juli 2018 (8 L 1315/18) stellt sich die Abschiebung gerade **nicht** „als *grob rechtswidrig*“ dar und verletzt auch **nicht** „*grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien*“, statt dessen ist der sekundierende [Solidaritäts-] Beschluß vom 13. Juli 2018 (8 L 1315/18) genauso völkerrechtswidrig (Verstoß gegen Artikel 2 Abs. 1 UN-Charta) und verfassungswidrig (Verstoß gegen Artikel 20 Abs. 3 GG und Artikel 25 GG) und deshalb auch strafbar (Verstoß gegen § 339 StGB) wie der vorher ergangene Beschluß vom 12. Juli 2018 (7a L 1200/18) in dem Parallelverfahren.

## N a c h t r a g :

Wer die aktuelle Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte, Obergerichtspräsidenten und des Bundesverwaltungsgerichts zum Asyl- und Ausländerrecht aufmerksam beobachtet, mußte in den vergangenen Jahren leider feststellen, daß diese Gerichte oft nicht mehr nach „Gesetz und Recht“, sondern rechts- und verfassungswidrig – „nach Lust und Laune“ – entschieden haben. Am offensichtlichsten wurde das bei der entscheidungserheblichen Behauptung angeblich „systemischer Mängel“ im Recht einiger EU-Mitgliedstaaten, obwohl diese Frage durch Artikel 16a Abs. 2 Satz 1 GG schon „normativ“ (sic!) entschieden ist, und damit für einen Richter unterhalb des Bundesverfassungsgerichtes überhaupt nicht zur Disposition steht, außer vielleicht bei der Richtervorlage nach Artikel 100 Abs. 1 Satz 1 GG, wenn der Richter das Grundgesetz selbst für verfassungswidrig hält. Eine solche „Rechtsprechung“ ist ein Schandfleck auf dem Ehrenkleid des Rechtsstaates!

Rechtswidrig war nicht der Vollzug der Abschiebung des Gefährders nach Tunesien, sondern der Versuch der Verwaltungsrichter, diesen Gefährder noch länger in Deutschland zu dulden.

Die Staatsanwaltschaft und die ordentlichen Gerichte sind jetzt gefordert, der offenkundig rechts- und verfassungswidrigen [Verwaltungs-] „Rechtsprechung“ durch gerechte Strafen ein Ende zu bereiten, und die Parlamentarier sind gefordert, die allfälligen Richteranklagen gemäß Artikel 73 der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen auf den Weg zu bringen.

Hochachtungsvoll

(Schneider)  
Anzeigerstatter

**P. S.:** Ich bitte um

- eine Eingangsbestätigung mit dem Aktenzeichen der Polizei,
- Eingangsnachricht der Staatsanwaltschaft mit Aktenzeichen,
- im Fall der Einstellung um einen nachvollziehbaren Bescheid,
- und im Fall der Anklageerhebung um eine Terminsnachricht.

(Schneider)  
Anzeigerstatter